



Nominiert für den

des Jahres 2013



für Outsourcing an die G4S

Die Bundestheater Holding betreibt die Burgtheater GmbH, die Wiener Staatsoper GmbH und die Volksoper Wien GmbH und mit 51,1% Anteilen dominiert sie die ART Theaterservice GmbH und ART FOR ART Kreativ-Werkstätten GmbH. Die Bundestheater Holding steht im Eigentum der Republik Österreich und verfügt über ein jährliches Budget von 232,5 Millionen Euro. Insgesamt sind 2500 MitarbeiterInnen direkt bei der Bundestheater Holding angestellt.

Im Jahr 1996 hat die Bundestheater Holding 400 PlatzanweiserInnen ausgelagert. Seitdem sind sie für G4S tätig. Das Outsourcing hatte für die PlatzanweiserInnen gravierende Folgen: Etwa ein Drittel der MitarbeiterInnen haben Teilzeit-Anstellungsverträge, die anderen zwei Drittel sind geringfügig beschäftigt. Den geringfügig Beschäftigten sind lediglich zwei Stunden pro Woche laut Vertrag garantiert, weitere Arbeitsstunden hängen vom aktuellen Bedarf ab. Durch Saisonverträge kommt es in der Sommerspielpause (Juli bis September) zu Unterbrechungen, jeder neue Saisonvertrag beginnt – Jahr für Jahr – mit einem Probemonat. Eine Anrechnung von Vordienstzeiten gibt es nicht. Der Stundenlohn beträgt rund 8,17 Euro brutto und orientiert sich am Kollektivvertrag für das Bewachungsgewerbe.

Am 12. Oktober 2013 hat der Billeteur Christian Diaz im Rahmen der 125-Jahre Jubiläumsfeierlichkeiten im Burgtheater für einen kurzen Moment die Bühne betreten und das Burgtheater aufgefordert, sich gegen das Unternehmen G4S zu positionieren: „Ich träume von einem Theater, das sich gegen die Politik stellt, welche Outsourcing, Privatisierung und damit wachsende Ungerechtigkeit

in unserer Gesellschaft fördert. Ich träume von einem Theater, das sich gegen die Abschiebung von Menschen wendet, die in anderen Teilen der Welt unterbezahlt und in Elend die Produkte unseres Wohlstands herstellen.“ Die Reaktion folgte prompt: „Mit der Begründung ‚mangelnder Identifikation mit der Unternehmensphilosophie‘ und dem Vorwurf von Imageschädigung‘ wurde mir fristlos gekündigt“, erklärt Diaz. Hier kamen G4S Jahr für Jahr neu abgeschlossene Saisonverträge zugute, denn der Billeteur befand sich somit bereits zum dritten Mal in der Probezeit.

G4S ist kein unbeschriebenes Blatt. Neben der Nichteinhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards war das Sicherheitsunternehmen immer wieder in Skandale wegen Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

Am 12.10.2010 führte G4S einen Abschiebetransport aus Großbritannien mit der British Airways durch. An Bord war der Angolander Jimmy Mubenga. Mubenga soll sich nach Angaben von Passagieren während des Flugs über Atemprobleme beklagt haben. Das minutenlange gewaltsame Niederdrücken des Oberkörpers durch mehrere G4S-Mitarbeiter hat schließlich zum Tod von Jimmy Mubenga geführt. Das britische Innenministerium kündigte inzwischen den Vertrag mit G4S.

G4S ist auf die Privatisierung von originär hoheitlichen Aufgaben wie Gefängnissen spezialisiert. G4S-Mitarbeiter haben in Mangaung/Südafrika Insassen eines von G4S betriebenen Gefängnisses mit Elektroschocks und Zwangsinjektionen gefoltert.

Im November 2013 hat die G4S nun auch den Zuschlag für die Betreuung eines „Schubhaftzentrums“ in der Steirischen Gemeinde

Vordernberg bekommen. Auftragsvolumen 68 Millionen Euro. G4S soll bis 2029 das Abschiebegefängnis verwalten. Ein absolutes Novum in Österreich, denn anders als in Großbritannien oder den USA obliegt die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nur Beamten der Exekutive oder Heeresangehörigen; private Firmen können für hoheitliche Aufgaben wie die Führung eines Gefängnisses nicht herangezogen und Kernaufgaben des Staates dürfen nicht ausgelagert werden.

Ferner gibt es im Zusammenhang mit dem Auftrag zur Betreuung des steirischen Schubhaftzentrums Streit um die Form der Auftragsvergabe. Die Grünen haben hinsichtlich der Verfassungskonformität der Auslagerung hoheitlicher Aufgaben der Polizei sowie aufgrund des Verdachts von „Freunderlwirtschaft“ und Korruption bei der Auftragsvergabe im Nationalrat eine schriftliche Anfrage an die Innenministerin eingebracht.

G4S weist auf seiner Website sehr prominent auf die eigene Corporate Social Responsibility (CSR) hin: „G4S übernimmt in der Gesellschaft eine bedeutende Rolle indem wir Menschen helfen in einer sicheren Umgebung zu arbeiten in der sie wachsen und gedeihen können.“ Die Bundestheater-Holding als renommierte Auftraggeberin von G4S stellt in Österreich ein bedeutendes Feigenblatt für die Image-Politik des Unternehmens dar.

Und die Reaktion der Bundestheater – Holding? Georg Springer, Geschäftsführer der Bundestheater Holding GmbH, erklärt unzweideutig: „Wenn ich einen Lieferanten habe, dann interessiere ich mich nicht dafür, mit wem er sonst noch Verträge hat, solange es keine nachweislich unseriösen Geschäftspraktiken gibt.“ Und „Nur weil jemand ein Schubhaftzentrum betreibt, heißt das ja nicht automatisch, dass da Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Das kommt doch darauf an, wie das geführt wird.“ Für Springer steht

einer Fortsetzung des Status Quo, nichts entgegen: „Theoretisch könnten diese Verträge jährlich gekündigt werden - „ich sehe dafür aber keinen Anlass“. Aufgrund des öffentlichen Drucks rudert Springer Ende Dezember zurück und erklärt: „Wir überlegen, ob wir das Ganze wieder insourcen.“ Mit einem Haken: das darf die Bundestheater Holding nicht teurer kommen, d.h. keine Verträge wie vor 1996, sondern die Bedingung ist ein eigener Kollektivvertrag, der das Insourcing zu den gleichen Preisen wie das Outsourcing ermöglicht. Für Springer eine „reine Rechenfrage“.

Auf Anfrage des Netzwerks hat die Bundestheater Holding keine Stellungnahme abgegeben.

NeSoVe ist der Meinung, dass es unverantwortlich ist, dass die Bundestheater Holding Aufträge an die G4S vergibt und fordert die sofortige Aufhebung des Vertrags. Darüber hinaus sollen Unternehmen der öffentlichen Hand eine besondere Vorbildrolle einnehmen. Es bedarf einer Black List von Unternehmen, an die Aufträge nicht vergeben werden dürfen. Unternehmen mit einer zweifelhaften Beschäftigungspolitik und menschenrechtswidrigen Vorgehensweisen dürfen nicht beauftragt werden. Die Privatisierung originär hoheitlicher Aufgaben (wie die Verwaltung von Gefängnissen) lehnt NeSoVe ab. NeSoVe fordert die Festanstellung der 400 PlatzanweiserInnen durch die Bundestheater Holding, und zwar nicht als günstig gelöste Rechenaufgabe, sondern aufgrund der Überzeugung, dass faire Arbeitsbedingungen bei Unternehmen der öffentlichen Hand zur Selbstverständlichkeit gehören. Die PlatzanweiserInnen sollen nicht schlechter gestellt werden als alle anderen MitarbeiterInnen der Bundestheater Holding. Christian Diaz ist sofort einzustellen und der Verdienstausfall der letzten Monate zu ersetzen.